

Ä1 Gerechtigkeit erkämpfen, nicht erbetteln!

Antragsteller*in: Dex Mareyen (KV Mühldorf), Christian Geiger (BzV Ostbayern), Laetitia Wegmann (KV Erding), Hannes Deimer (KV Erding), Antonia Beckmann (Nürnberg), Elena Geiger (KV Oberland), Melina Reischl (KV Mühldorf), Paul Sängler (KV Mühldorf), Fabie Schuster (KV Ingolstadt), Moritz Kunisch (KV Ebersberg), Kourosch H.Azad (KV-Mühldorf), Claudia Hammerbacher (KV Nürnberg), Marius Hofmann (KV Nürnberg), Johanna Lehner (KV Passau), Leonhard Kuchinka (KV Fürstenfeldbruck), Constantin Heinold (KV Coburg), Richard Gemba (KV Bayreuth)

Änderungsantrag zu I1

Von Zeile 1 bis 48:

Gerechtigkeit erkämpfen, nicht erbetteln!

Die Krisen unserer Zeit werden nicht weniger, indem man sie ignoriert – und doch stehen uns mit der neuen Regierung aus Union & SPD unter Bundeskanzler Merz Jahre von Stillstand und Rückschritt bevor. Ein Blick in den Koalitionsvertrag lässt dabei wenig Spielraum zur Interpretation. Diese Regierung wird keine Krisen lösen, sondern nur neue schaffen!

Eine ernsthaftes Absenken der Emissionen in Deutschland, geschweige denn der nötige Systemwechsel auf dem Weg zur Klimaneutralität, ist in Deutschland unter dieser Regierung nicht ersichtlich. Sie setzt dagegen sogar auf die Rückabwicklung von notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise. Währenddessen werden Dürren und Starkregen in Deutschland immer häufiger und die Zahl der weltweit flüchtenden Menschen nimmt auch deswegen immer weiter zu.

Statt also die Klimakrise zu bekämpfen und Lösungen für die Integration flüchtender Menschen zu suchen, macht die schwarz-rote Koalition die Augen zu und redet lieber nach dem Mund der gesichert rechtsextremen AfD. Eine menschenfeindliche Migrations- und Asylpolitik, die Grenzen schließt und nicht nur grundlegende Menschenrechte und europäisches Recht, sondern auch das Leid von hunderttausenden Menschen ignoriert. Der schwarz-rote Kurs heißt Abschottung statt Menschenrechte und treibt einen zusätzlichen sozialen Spaltkeil in unsere Gesellschaft.

Auch für die hausgemachten sozialen Krisen in Deutschland gibt es keine tragfähigen Lösungen von der neuen Koalition. Mehr Mindestlohn? Wird schon wieder gecancelt, bevor der Vertrag überhaupt erst unterschrieben ist. Sozialer Wohnungsbau? Nur, wenn er Baukonzerne finanziert. Immer mehr Reiche und Superreiche? Ist doch nett, wenn mehr Leute mit Friedrich Merz Golf spielen können. Dadurch nimmt die soziale Ungleichheit immer weiter zu, die Vermögenden werden immer reicher und große Teile der Bevölkerung kommen mit ihrem Einkommen nicht mehr bis zum Monatsende. Diese soziale Spaltung sorgt dafür, dass Menschen sich abgehängt fühlen und anfällig für rechte Scheinlösungen werden. Statt weiter nach unten zu treten, treten wir nach oben und stellen uns dieser Politik des Rückschritts und der Menschenfeindlichkeit klar entgegen!

Die Lücken, die dieser Koalitionsvertrag aufweist, sind größer als die, die er schließt!

Das Personal für die Bundesregierung, das die CSU für Bayern zusteuert, ist eine großartige Auswahl an Beispielen für Inkompetenz in der CSU. Alexander Dobrindt hat bereits als Verkehrsminister durch schlechte Amtsführung erst Milliarden verschwendet und das anschließend unter großem Aufwand

verschleiert. Seine angekündigten Pläne als Bundesinnenminister beweisen seine Inkompetenz, Menschenfeindlichkeit und seinen fehlenden Respekt vor internationalen Abkommen einmal mehr:

- Abschiebungen ukrainischer Geflüchtete ohne bestehendes Arbeitsverhältnis in die sich immernoch der russischen Invasion ausgesetzten Ukraine.
- Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten.
- Verdopplung der Kontrollen an den deutschen Grenzen
- Schutzsuchende Menschen direkt an der Grenze zurückweisen lassen

Gerechtigkeit erkämpfen, nicht erbetteln!

Die Krisen unserer Zeit werden nicht weniger, indem man sie ignoriert – und doch stehen uns mit der neuen Regierung aus Union & SPD unter Bundeskanzler Merz Jahre von Stillstand und Rückschritt bevor. Ein Blick in den Koalitionsvertrag lässt dabei wenig Spielraum zur Interpretation. Diese Regierung wird keine Krisen lösen, sondern nur neue schaffen!

Eine ernsthafte Absenken der Emissionen in Deutschland, geschweige denn der nötige Systemwechsel auf dem Weg zur Klimaneutralität, ist in Deutschland unter dieser Regierung nicht ersichtlich. Sie setzt dagegen sogar auf die Rückabwicklung von notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise. Währenddessen werden Dürren und Starkregen in Deutschland immer häufiger und die Zahl der weltweit flüchtenden Menschen nimmt auch deswegen immer weiter zu.

Statt also die Klimakrise zu bekämpfen und Lösungen für die Integration flüchtender Menschen zu suchen, macht die schwarz-rote Koalition die Augen zu und redet lieber nach dem Mund der gesichert rechtsextremen AfD. Eine menschenfeindliche Migrations- und Asylpolitik, die Grenzen schließt und nicht nur grundlegende Menschenrechte und europäisches Recht, sondern auch das Leid von hunderttausenden Menschen ignoriert. Der schwarz-rote Kurs heißt Abschottung statt Menschenrechte und treibt einen zusätzlichen sozialen Spaltkeil in unsere Gesellschaft.

Auch für die hausgemachten sozialen Krisen in Deutschland gibt es keine tragfähigen Lösungen von der neuen Koalition. Mehr Mindestlohn? Wird schon wieder gecancelt, bevor der Vertrag überhaupt erst unterschrieben ist. Sozialer Wohnungsbau? Nur, wenn er Baukonzerne finanziert. Immer mehr Reiche und Superreiche? Ist doch nett, wenn mehr Leute mit Friedrich Merz Golf spielen können. Dadurch nimmt die soziale Ungleichheit immer weiter zu, die Vermögenden werden immer reicher und große Teile der Bevölkerung kommen mit ihrem Einkommen nicht mehr bis zum Monatsende. Diese soziale Spaltung sorgt dafür, dass Menschen sich abgehängt fühlen und anfällig für rechte Scheinlösungen werden. Statt weiter nach unten zu treten, treten wir nach oben und stellen uns dieser Politik des Rückschritts und der Menschenfeindlichkeit klar entgegen!

Die Lücken, die dieser Koalitionsvertrag aufweist, sind größer als die, die er schließt!

Das Personal für die Bundesregierung, das die CSU für Bayern zusteuert, ist eine großartige Auswahl an Beispielen für Inkompetenz in der CSU. Alexander Dobrindt hat bereits als Verkehrsminister bewiesen, dass er in Verantwortungsposition lieber verschleiert, als Probleme anzugehen. Alois Rainer ist für Tierschutz und Landwirtschaft zuständig, obwohl er in dem Ausschuss bisher nie Mitglied war. Bereits mit seiner ersten Forderung zur Absenkung der Fleischpreise hat er gezeigt, dass Tierschutz und gute Arbeitsbedingungen für ihn als Metzger keine Rolle spielen und er Landwirt*innen weiter ausbeuten will. Diese Ankündigungen erfordern wie er selbst schon gesagt hat zahlreiche "Überstunden der Bundespolizei" und abgesehen von der schier unmöglichen Umsetzbarkeit, die ein weiteres

Milliardengrab mit Ansage sein wird, stellen sie alle schwerwiegende Verstöße gegen das Grundgesetz, EU-Recht und die Genfer Flüchtlingskonventionen dar. Und über all das hinaus lehnt er ein Verbot der rechtsextremen AfD ab und will sie lieber "wegregieren". Als ob nicht längst zweifelsfrei erwiesen wäre, dass der Kampf gegen Rechtsextreme nicht darin bestehen kann ihre Politik zu übernehmen!

Alois Rainer ist für Tierschutz und Landwirtschaft zuständig, obwohl er in dem Ausschuss bisher nie Mitglied war. Bereits mit seiner ersten Forderung zur Absenkung der Fleischpreisen hat er gezeigt, dass Tierschutz und gute Arbeitsbedingungen für ihn als Metzger keine Rolle spielen und er Landwirt*innen Arbeitsmigrant*innen und Tiere weiter ausbeuten will. Wir wissen von allen führenden Klimawissenschaftler*innen, dass eine klimaneutrale Zukunft, eine saubere Trinkwasserversorgung und der Kampf gegen das Artensterben eine massive Reduktion der tierischen Landwirtschaft erfordern. Wo ist außerdem die vielgelobte "christliche Nächstenliebe", auf die die CSU so pocht wenn es um anständige Arbeitsbedingungen und die Möglichkeit zum nachhaltigen Wirtschaften für Arbeiter*innen und Landwirte, sowie den Respekt vor dem Leben von Tieren geht? Aber hier scheint Alois Rainer wohl den entsprechenden Teil der Messe verschlafen zu haben. Als GRÜNE JUGEND Bayern ist für uns jedenfalls klar: Die Landwirtschaft der Zukunft ist pflanzlich, ökologisch und beutet weder Menschen noch Tiere aus!

Begründung

erfolgt mündlich